

Offensive '87

Musterrede zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wie ist die Lage?

„Noch ist es nicht zu spät, sich am deutschen Wunder zu beteiligen. Bei der derzeitigen Stärke des Bundes, einer deutschen Inflationsrate von 2,4 Prozent und Wachstumsaussichten von 2,5 Prozent, sollten britische Kapitalanleger jetzt in der Bundesrepublik Deutschland investieren.“

So beschreibt die englische Zeitung Daily Mail die deutsche Wirklichkeit im Juli 1985 — zweieinhalb Jahre nachdem die CDU mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wieder die politische Verantwortung übernommen hat. Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 25. April 1985 im Deutschen Bundestag festgestellt:

„Die Vorhaben des Regierungsprogramms sind zum größeren Teil bereits verwirklicht. Die übrigen sind noch in Arbeit. Sie werden bis zum Ende der Legislaturperiode durchgeführt. Die Koalition arbeitet zügig und erfolgreich. Was wir angekündigt haben, machen wir wahr. Wir sind auf einem guten Weg. Es geht wieder aufwärts in Deutschland.“

Folgt man aber der öffentlichen Diskussion und manchen publizistischen Stimmungsbildern, so könnte man meinen, hier sei von einem anderen Land die Rede. So gaben in einer neueren Umfrage zum Beispiel 61 Prozent der Befragten an, der Anstieg der Arbeitslosigkeit sei nicht gestoppt worden. **Tatsache ist:** 1982 hatte die SPD noch einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Höhe von 44 Prozent zu verantworten, im letzten Jahr dagegen betrug der Anstieg nur noch 0,3 Prozent.

50 Prozent der Befragten meinten, die Preisstabilität sei in den letzten zwei Jahren schlechter geworden. **Tatsache ist aber,** daß wir 1982 unter SPD-Verantwortung eine Preissteigerung von 5,3 Prozent hatten, während sie heute nur noch bei zwei Prozent liegt.

Wenn die Umfrageergebnisse mit der Wirklichkeit und den Erfolgen unserer Politik nicht übereinstimmen, dann müssen wir dieses Informations- und Wahrnehmungsdefizit beseitigen. Wir müssen dem Bürger die Erfolge unserer Regierungspolitik erklären und sie offensiv vertreten: Das ist Sinn und Zweck unserer Offensive '87.

Wie sieht unsere Zwischenbilanz aus?

Ich möchte die Zwischenbilanz unserer erfolgreichen Regierungsarbeit in vier Punkten zusammenfassen und dann vor allem die ersten beiden Punkte näher erläutern:

1. 1983 haben wir im Wahlkampf den Aufschwung versprochen, und der Aufschwung ist da: die Wirtschaft wächst, die Zinsen sind niedrig und die Preise sind stabil, die Zahl der Lehrstellen ist so hoch wie nie, 165 000 Menschen mehr sind in Arbeit als im Vorjahreszeitraum.
2. Durch unsere sparsame Haushaltspolitik konnten wir das größte Familienpaket aller Zeiten in Höhe von 10 Milliarden Mark verabschieden und die Leistungen in der Sozialhilfe um 8 Prozent erhöhen; das Rentensystem haben wir vor dem Einsturz bewahrt.
3. In der Umweltpolitik haben wir nicht geschwafelt, sondern entschweifelt. Zwar haben wir nicht alles erreicht, was wir wollten, aber durch schärfere Abgaswerte für Kraftwerke, für Industrie und Autos ist die Bundesrepublik Deutschland in Europa zum Vorreiter in der Umweltpolitik geworden. Die Frankfurter Automobilausstellung hat gezeigt, daß das Katalysatorauto immer mehr nachgefragt wird.

Wir haben den Umweltschutz zu einem wesentlichen Wachstumsmarkt gemacht. Neue umweltschonende Techniken verschaffen unserer Industrie Wettbewerbsvorteile im internationalen Vergleich, und das bedeutet Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß heute schon über 400 000 Menschen mit Umweltschutz beschäftigt sind.

4. Die Regierung Helmut Kohl hat neues Vertrauen für unser Land geschaffen. Wir haben die Freundschaft zu den USA — unserem wichtigsten Verbündeten — gefestigt und den Dialog mit Osteuropa fortgesetzt. Der NATO-Doppelbeschluß ist durchgesetzt worden und in Genf wird wieder verhandelt. Zehntausende Deutsche durften aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln.

Ich finde, diese Zwischenbilanz kann sich sehen lassen. Denn eines darf ja nicht vergessen werden: Diese Leistungen haben wir innerhalb von knapp drei Jahren Regierungszeit erbracht, nachdem die Sozialdemokraten in 13 Jahren unser Land abgewirtschaftet hatten.

Hätte die SPD solche Erfolge wie wir vorzuweisen, dann hätte sie den Kindern schulfrei gegeben und Dankprozeessionen zum Bundeskanzleramt veranstaltet.

Was die Bundesregierung geleistet hat, wird deutlich, wenn man die Ausgangslage berücksichtigt. Wer spricht heute noch darüber, wie es im Herbst 1982 aussah?

- Die Wirtschaft schrumpfte;
- von 1980 bis 1982 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 800 000 auf knapp zwei Millionen, also um fast 150 Prozent in zwei Jahren. Das renommierte Prognos-Institut sagte der Bundesrepublik Deutschland für 1985 3,4 Millionen Arbeitslose voraus;
- die Verschuldung des Bundes explodierte: 1969 betrug sie 65,2 Milliarden und 1982 308,5 Milliarden Mark;
- hohe Inflationsraten von zeitweise über 6% zogen Sparern, Rentnern und Arbeitnehmern das Geld aus der Tasche;
- dreizehn Jahre SPD-Politik hatten die Fundamente der sozialen Sicherheit erschüttert. Die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung waren fast pleite.

Norbert Blüm hatte recht, als er zu Beginn unserer Regierungszeit feststellte: *„Wir sind ein Aufräumungskommando, das unter den Bedingungen von Einsturzgefahr arbeiten muß.“*

Die SPD-Regierung hatte uns fast bankrott gewirtschaftet. Wir haben durch solide Haushalts- und Finanzpolitik den Bankrott abgewendet. Einen Erfolg muß man besonders hervorheben, weil er in der öffentlichen Diskussion oft zu kurz kommt:

Die Geldwertstabilität

Nehmen wir an, eine Familie hat ein Jahreseinkommen von rund 30 000 DM. Dann hat sie im Jahre 1982 unter SPD-Verantwortung bei 5,3 Prozent Inflation 1 590 DM verloren, d. h. am Ende des Jahres waren die 30 000 DM nur noch 28 410 DM wert. Heute bleiben von einem gleichhohen Jahreseinkommen 29 250 DM übrig: Die geringere Preissteigerungsrate führt dazu, daß diese Familie heute 840 DM mehr zur Verfügung hat.

Gerade wer keine Mark zu verschenken hat, ist auf Preisstabilität besonders angewiesen. Dies sind vor allem Arbeitnehmer und Familien mit niedrigem Einkommen und nicht zuletzt die Rentner. Stabilitätspolitik ist immer auch Sozialpolitik:

„Der Rückgang der Inflationsrate von 6% auf 2% ist der größte soziale Fortschritt der letzten 15 Jahre.“ (Gerhard Stoltenberg)

Wir sind nicht nur mit unserer niedrigen Inflationsrate in Europa Spitze. Auch was Wachstum und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Anstieg

der Beschäftigten angeht, kann uns kein europäisches Land das Wasser reichen.

Unsere Politik für mehr Beschäftigung

Arbeitslosigkeit ist das Problem Nummer 1 für alle Industrieländer. Die Ursache dafür ist ein tiefgreifender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel; ich nenne einige Stichworte:

- In klassischen Industriebereichen, wie z. B. Bergbau, Stahlindustrie, Bauwirtschaft, geht die Zahl der Arbeitsplätze zurück.
- Moderne Technologien schaffen zusätzliche Arbeitsplätze, die wettbewerbsfähig und zukunftssicher sind.
- Zudem drängen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, und
- mehr Frauen wollen berufstätig sein.

Angesichts dieser komplizierten Sachlage sollte niemand, der seriöse Politik macht behaupten, er könne die Arbeitslosigkeit von heute auf morgen beseitigen. Wir brauchen Realismus und Augenmaß in der Beschäftigungspolitik und kein Wunsdenken!

Selbst Johannes Rau hat das schon eingesehen: „Niemand kann heute zusagen, die Massenarbeitslosigkeit schnell abzuschaffen . . .“ (Bonner Perspektiven 11. August 1985).

Darin stimmen wir mit der SPD überein.

Aber wie kann man mehr Beschäftigung erreichen? Die SPD setzt dabei auf Scheinlösungen, auf Knopfdruckrezepte: staatliche Strohfeuerprogramme.

Unsere Antwort ist klar: Die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht durch einen Knopfdruck über Nacht beseitigen. Und der Staat kann das auch nicht alleine schaffen. Dazu ist die Anstrengung aller notwendig — der Wirtschaft, der Gewerkschaften, jedes einzelnen Bürgers und natürlich auch der politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden.

Darum ist es so wichtig, daß Bundeskanzler Helmut Kohl es geschafft hat, nach acht Jahren Funkstille zwischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Regierung alle drei Partner wieder an einen Tisch zu bringen — auch wenn die SPD neidisch in der Ecke steht und schmolzt.

Nun sagen manche, wir würden nicht genügend gegen die Arbeitslosigkeit tun. Wie ist die Sachlage? Wir haben vor zweieinhalb Jahren auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft mit einer Dreifachoffensive den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für mehr Beschäftigung begonnen. Sie konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen; 2. Förderung ausgewählter Wirtschaftsbereiche; 3. gezielte Beschäftigungspolitik.

Was ist darunter im einzelnen zu verstehen?

Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Vordringliches Ziel unserer Politik sind die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur aus ökonomischen Gründen schädlich:

„Unser Ziel muß es sein, jenen Menschen zu helfen, die arbeitslos sind, die unsere Mitbürger sind und unsere Solidarität erfahren müssen. Ich sehe nicht das Bild der Statistik, ich sehe die Gesichter der Menschen vor mir. Arbeit zu haben, bedeutet mehr als nur einen Job, sondern bedeutet eben auch ein Stück Lebenserfüllung, eine Chance zur Selbstverwirklichung.“ (Helmut Kohl)

Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung entscheidend verbessert:

- Sie hat dafür gesorgt, daß die Zinsen gesunken sind. Niedrige Zinsen erleichtern den Unternehmen Investitionen.
 - Sie hat zur Senkung der Unternehmensteuern geführt: Dies verbessert die Ertragssituation der Unternehmen und macht damit Investitionen möglich. Deshalb fordern wir auch die Unternehmen auf, jetzt einzustellen!
 - Sie sorgt für weniger Bürokratie und weniger Gängelung der Wirtschaft. Dies erleichtert auch die Gründung neuer Unternehmen.
 - Sie fördert wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Das ist die Voraussetzung für wettbewerbsfähige Produkte und niedrige Preise.
- Die ersten Erfolge dieser Politik sind nachweisbar: Preisstabilität wie zu Ludwig Erhards Zeiten, 2,6 Prozent Wirtschaftswachstum im letzten und fast 3 Prozent in diesem Jahr.
- Und der wirtschaftliche Aufschwung hat zu mehr Beschäftigung geführt: „Nach neuesten statistischen Daten waren im zweiten Quartal in der Bundesrepublik 165 000 Personen mehr erwerbstätig als vor Jahresfrist.“ (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, September 1985). 750 000 junge Menschen werden in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten. Das sind 100 000 mehr als 1982. Die Zahl der Kurzarbeiter ist von 1,2 Millionen im Jahre 1983 bis heute (August 1985) auf 74 000 zurückgegangen und die Zahl der offenen Stellen beträgt schon wieder 117 000.
- Das sind große Erfolge.

„Wenn die Sozialdemokraten dies erreicht hätten, dann würde der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht für den Oktober Aktionen und Demonstration gegen die Christlich Demokratische Union vorbereiten, sondern Willy Brandt bekäme dann dazu den eigens gestifteten Ernst-Breit-Preis für Arbeit und Frieden überreicht.“ (Heiner Geißler)

Wer unsere Erfolge madig macht, kommt mir vor wie einer, der am Samstagabend wegen 41 Grad Fieber den Notarzt ruft und hinterher schlecht über den Doktor redet, weil der ihn nicht bis Sonntagmorgen vom Fieber befreit hat.

Förderung ausgewählter Wirtschaftsbereiche

Die Massenarbeitslosigkeit kann nicht allein durch Wirtschaftswachstum und die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen überwunden werden. Wir vertrauen daher auch nicht allein auf die „Selbsteilungskräfte des Marktes“, wie der politische Gegner behauptet. Unsere Wirtschaftsförderung soll den Strukturwandel erleichtern und auch die sozialen Folgen des Strukturwandels abmildern, denn auch das bedeutet Soziale Marktwirtschaft.

— Unsere Politik fördert mehr Forschung und Entwicklung, fördert Innovationen sowie die Umsetzung und Anwendung moderner Technologien, insbesondere auch in mittelständischen Unternehmen. Auch die Sonderabschreibungsmöglichkeiten helfen kleinen und mittleren Unternehmen.

— Wir haben durch unser Existenzförderungsprogramm diejenigen ermutigt, die sich selbständig machen wollen. Und allein dadurch haben wir im letzten Jahr mehr als 80 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

— Zur gezielten Wirtschaftsförderung gehört aber auch zum Beispiel unser Programm zur Stadt- und Dorferneuerung im Umfang von mehr als zwei Milliarden Mark für die Jahre 1986 und 1987. Dieses Programm soll die Bauwirtschaft stabilisieren. Und auch die Hilfen für strukturschwache Gebiete sind wichtig.

— Wir wissen, daß wir Subventionen abbauen müssen. Aber wir werden die Arbeitnehmer in den Betrieben, die vom Strukturwandel betroffen sind, nicht heute im Stich lassen, nur weil in der Vergangenheit die SPD-Regierung die Dinge hat treiben lassen. Deshalb haben wir die Förderung in den Krisenbranchen Stahl, Kohle und Werften verbessert, um Arbeitsplätze zu sichern und Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene auszugleichen. Der Landwirtschaft und dem Bergbau helfen wir, um die Versorgung mit existenznotwendigen Gütern zu sichern.

Gezielte Beschäftigungspolitik

Gezielte Beschäftigungspolitik hat zum Ziel, den Arbeitsmarkt zu entlasten und gleichzeitig Neueinstellungen zu fördern. Was haben wir bisher erreicht?

— Durch ein besonderes Gesetz haben wir die Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern in ihr Heimatland gefördert. Rund 350 000 Ausländer — Familienangehörige eingerechnet — haben dieses Gesetz in Anspruch genommen und so zu einer beträchtlichen Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen.

— Von den Möglichkeiten des Vorruhestandsgesetzes können mehr als 275 000 Arbeitnehmer über 58 Jahre Gebrauch machen. Auch dadurch wird der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren spürbar entlastet werden.

— Die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde seit 1983 erheblich ausgeweitet, und außerdem ist das Angebot an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen erheblich gesteigert worden. Rund 400 000 Personen werden in diesem Jahr an diesen Maßnahmen teilnehmen. Wie wir wissen, ist eine wesentliche Ursache für die Arbeitslosigkeit mangelnde berufliche Qualifikation. Deshalb werden wir die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu einer Qualifizierungsoffensive für unzureichend ausgebildete Arbeitslose nutzen. Für arbeitslose Jugendliche, die sich bereit erklären, an einer Fortbildungsmaßnahme teilzunehmen, werden wir das Unterhaltsgeld auf 75 Prozent statt bisher 50 Prozent des Facharbeiterlohnes erhöhen. Arbeitgeber werden künftig einen Einarbeitungszuschuß für „schwach qualifizierte“ Arbeitslose auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen erhalten. Dieser Zuschuß kann bis ca. 70 Prozent des Bruttolohnes erreichen. Und Arbeitslosengeld oder -hilfe wird künftig als Unterhaltsgeld bei einer Teilnahme an Bildungsmaßnahmen auch dann gezahlt werden, wenn ein Anspruch nicht besteht. Die Ausgaben für Umschulung, Fortbildung, Rehabilitation und Arbeitsmarkt sind von 6,9 Milliarden Mark (1982) auf 10 Milliarden Mark (1985) angestiegen.

Gezielte Beschäftigungspolitik bedeutet aber auch den Abbau von Einstellungshemmnissen. Das wollen wir mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz erreichen. Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge werden in den Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten für Neueinstellungen schaffen. Norbert Blüm hat mit seinem Satz den Nagel auf den Kopf getroffen:

„Lieber 18 Monate in Arbeit als 18 Monate arbeitslos.“

Strohfeuerprogramme der SPD

Unsere Dreifachoffensive in der Beschäftigungspolitik hat den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und auch schon zu mehr Beschäftigung geführt.

Und was hat die SPD anzubieten: Strohfeuerprogramme und Zwangsabgaben! Dabei hat sie während ihrer Regierungszeit schon 50 Milliarden Mark für sogenannte Beschäftigungsprogramme verpulvert. Das Ergebnis kennen wir alle: Staatsverschuldung, Inflation, schrumpfende Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit. Die SPD hat wirtschaftspolitisch nichts dazugelernt.

Neue Akzente in der Sozial- und Familienpolitik

Nun sagen manche, unsere Erfolge in der Wirtschaftspolitik hätten wir durch unsoziale Sparmaßnahmen erreicht. Eines ist klar: In Zeiten knapper Kassen kann man nicht mehr — wie die SPD — nach dem Motto handeln: Tue allen gut und keinem weh.

In der Sozialpolitik standen wir nach dem 6. März 1983 vor zwei Aufgaben:

1. Die Systeme der sozialen Sicherheit mußten auf eine solide Grundlage gestellt werden. 2. Den wirklich Bedürftigen mußte geholfen werden.

Soziale Sicherheit wieder hergestellt

Die Systeme der sozialen Sicherheit standen 1982 kurz vor dem Bankrott und mußten auf eine neue, solide Grundlage gestellt werden. Das war nicht ohne Kürzungen möglich. Denn was hilft eine Sozialpolitik, die großzügig Wohltaten verteilt und anschließend den finanziellen Konkurs anmelden muß?

Selbst Helmut Schmidt hat am 30. Juni 1982 vor der Bundestagsfraktion der SPD festgestellt:

„Wer mehr für die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Staates tun will, muß tiefer, noch viel tiefer als hier in die Sozialleistungen reinschneiden.“

Die SPD hat während ihrer Regierungszeit für über 132 Milliarden Mark Sozialleistungen gekürzt und Abgaben erhöht. Und der sozialdemokratische Finanzminister Posser aus Nordrhein-Westfalen hat am 1. Oktober 1981 festgestellt:

„Zur Zeit ist Sparen... Ausdruck der Tatsache, daß unsere materiellen Möglichkeiten geringer geworden sind.“

Sparen ist also nicht die Lieblingsbeschäftigung von irgendwelchen unsozialen Umverteilern, wie das in den sozialistischen Propagandafibeln steht, sondern sparen ist bei hoher Verschuldung die Aufgabe jeder verantwortlichen Politik. Wenn die SPD selbst Kürzungen vornimmt — wie in Nordrhein-Westfalen —, dann ist das für sie ein Beweis ihrer soliden Finanz- und Haushaltspolitik, und wenn die Union Einsparungen vornimmt, dann ist

das für die SPD „Sozialabbau“ und „Umverteilung von unten nach oben“. Ich nenne dies doppelzünftig und unehrlich.

Was hat die Bundesregierung im einzelnen getan, um die soziale Sicherheit wieder herzustellen?

— **Wir haben die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet.** Ohne unsere Sofortmaßnahmen vom Oktober 1982 wäre die Rentenversicherung im August 1983 bankrott gewesen. Deshalb haben wir durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen die Finanzlage der Rentenversicherung für den Zeitraum von 1983 bis 1987 um mehr als 50 Milliarden Mark verbessert. Sicherheit im Alter — darauf haben die älteren Mitbürger einen Anspruch. Heute sind die Renten wieder sicher. Das Rentenniveau ist heute so hoch wie seit 1977 nicht mehr.

— **Wir haben die Zahlungsfähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit gesichert,** denn hätten wir nicht gehandelt, wäre das Defizit auf 14,2 Milliarden Mark angestiegen. Mittlerweile verfügt die Bundesanstalt für Arbeit sogar über zusätzliche Mittel, die für die berufliche Qualifizierung und die Verbesserung der sozialen Sicherung der Arbeitslosen genutzt werden können.

Noch keine Bundesregierung hat mehr Geld für Sozialleistungen ausgegeben als diese. Allein von 1983 bis 1987 wächst das Sozialbudget um über 16 Prozent. 1985 stellt der Bund insgesamt 82,33 Milliarden Mark für die Sozialpolitik zur Verfügung. Jede dritte Mark des Bundeshaushalts wird für Soziales ausgegeben.

Und zum erstenmal seit über zehn Jahren werden 1985 keine Kürzungen im sozialen Bereich vorgenommen und es sind auch künftig keine nötig. Dies beweist: Die Bundesregierung hat den Sozialhaushalt wieder auf solide Grundlagen gestellt.

Verbesserte Sozialleistungen

Unser zweiter Erfolg in der Sozialpolitik ist, daß wir wieder denjenigen helfen können, die auf Hilfe besonders angewiesen sind. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung war so erfolgreich, daß inzwischen wichtige Sozialleistungen erhöht und neue sozialpolitische Akzente gesetzt werden konnten. Ich nenne folgende Beispiele:

— **Wir haben die Regelsätze der Sozialhilfe um rund 8 Prozent angehoben.** Alleinerziehende mit einem Kind bis zu sieben Jahren und alte Mitbürger über 60 Jahre erhalten zusätzlich zum erhöhten Regelsatz einen Zuschlag in Höhe von 20 Prozent (rund 100 Mark). Ein Beispiel: Seit dem 1. Juli 1985 erhält eine alleinerziehende Mutter mit einem Kleinkind einen Regelsatz von 385 Mark für sich, für das Kind 173 Mark und außerdem einen Mehrbedarfszuschlag von rund 75 Mark. Außerdem werden ihr die Miet- und

Heizkosten erstattet. Bei einer angenommenen Warmmiete von 450 Mark erhält die Frau 1083 Mark, das sind 117 Mark mehr pro Monat als bisher.

Für junge Arbeitslose und für Jugendliche ohne Arbeitsplatz im Alter zwischen 18 und 21 Jahren (rund 80 000 junge Menschen) wird seit dem 1. Januar 1985 wieder Kindergeld gezahlt, das die SPD abgeschafft hatte. Außerdem erhalten Jugendliche nicht mehr nur bis 19, sondern bis 23 Jahre kostenlosen Krankenversicherungsschutz. Den Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose werden wir verlängern. Sie haben ja auch länger Beitrag bezahlt und sind in der Regel länger arbeitslos. Wer sieben Jahre beschäftigt war, erhält ab dem 45. Lebensjahr künftig 16 Monate, ab dem 50. Lebensjahr dann 20 Monate und ab dem 55. Lebensjahr schließlich 24 Monate Arbeitslosengeld. Ein 58jähriger Arbeitsloser braucht künftig dem Arbeitsamt nicht mehr dauernd zur Verfügung zu stehen und erhält dennoch das volle Arbeitslosengeld, bis er mit 60 Jahren in Rente geht. Dies zeigt: Wir helfen denjenigen, die tatsächlich unserer Hilfe bedürfen. So verhindern wir, daß aus Arbeitslosigkeit Armut wird.

— Das Wohngeld wird vom 1. Januar 1986 an kräftig erhöht. Eine Familie mit drei Kindern und einem monatlichen Einkommen von 3 200 Mark erhält von da an rund 90 Mark mehr pro Monat. Insgesamt stehen vom 1. Januar 1986 an 900 Millionen Mark mehr für das Wohngeld zur Verfügung. Außerdem wird die Wohnungsbauförderung für Familien mit Kindern verbessert.

Durchbruch in der Familienpolitik

— Für die CDU ist die Familie die wichtigste Gemeinschaft und eine zentrale Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft. Helmut Kohl hat den überragenden Stellenwert der Familie in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht:

„Die Familie ist der erste und wichtigste Ort menschlicher Sinnvermittlung und Geborgenheit. Der Rang der Familie entscheidet über die soziale, die menschliche Qualität einer Gesellschaft.“

Für uns ist das ein Gebot sozialer Gerechtigkeit: Wer für Kinder sorgen muß, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. **Deshalb wird zum 1. Januar 1986 die größte Verbesserung im Familienlastenausgleich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten** — ein Familienpaket mit mehr als 10 Milliarden Mark. Familien erhalten zusätzlich zum Kindergeld einen Steuerfreibetrag von 2 484 Mark pro Jahr und Kind; Familien mit geringem Einkommen erhalten einen Kindergeldzuschlag von 46 Mark pro Kind und Monat.

— Ab 1. Januar 1986 wird endlich das Unrecht in der Rentenversicherung beseitigt, daß Rente nur für Erwerbsarbeit, nicht aber für Kindererziehung gewährt wird. Künftig erhält eine Frau, die 1986 in Rente geht und zum Beispiel drei Kinder erzogen hat, pro Monat 75 DM mehr Rente als bisher. Und ebenfalls ab 1. Januar 1986 werden alle Mütter ein monatliches Erziehungsgeld in Höhe von 600 Mark bekommen, und zwar zunächst für 10 Monate und ab 1988 für 12 Monate; der Erziehungsurlaub ist mit einer Beschäftigungsgarantie für Mütter oder Väter verbunden, so daß sie nicht um ihren Arbeitsplatz bangen oder wegen ihrer Erwerbstätigkeit auf ein Kind verzichten müssen.

Hätte die SPD „diesen Durchbruch in der Familienpolitik“ (Heiner Geißler) erreicht, hätte sie diese gesellschaftspolitische Pioniertat vollbracht, dann hätte sie den Muttertag in „Helmut-Schmidt-Tag“ umbenannt.

Wider die Sozialdemagogie der SPD

Nun eine Bemerkung zum sozialdemagogischen Schlagwort der SPD von der „neuen Armut“. Wie sehen die Fakten aus?

Nimmt man, wie die SPD, als Maßstab für Armut die Sozialhilfe, so gab es im Jahr 1982 unter der SPD 2,3 Millionen Sozialhilfeempfänger. Heute müssen rund 2,4 Millionen Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Wenn man so wie die SPD rechnet, dann stammen über 95 Prozent der Sozialhilfeempfänger aus der Zeit der SPD-Regierung.

Und die Dauerarbeitslosigkeit als eine der Ursachen für Armut ist doch nicht das Ergebnis des Jahres drei der Regierung Helmut Kohl! Die angeblich neue Armut ist in Wirklichkeit die alte Armut, gegen die die SPD 13 Jahre lang nichts unternommen hat. Die SPD hat die sozialpolitischen Probleme verwaltet, aber nicht gelöst.

Wir dagegen haben die Sozialhilfe erhöht und die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der von der SPD verursachte Massentrend zu Armut und Arbeitslosigkeit gestoppt wird.

Politische Richtungsentscheidung

Auch wer der Bundesregierung und der Union kritisch gegenübersteht, wird ernsthaft nicht bestreiten können, daß die Bundesregierung in allen wichtigen Bereichen der Politik auf bemerkenswerte Leistungen und Erfolge verweisen kann. Einige davon habe ich genannt.

Gemessen an der Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten haben wir in knapp drei Jahren viel erreicht: wirtschaftliches Wachstum, stabile Preise, solide Staatsfinanzen, endlich wieder mehr Beschäftigung, neue Akzente in

der Sozial- und Familienpolitik, Festigung des Nordatlantischen Bündnisses. Viel in zweieinhalb Jahren. Aber gemessen an unseren Zielen haben wir noch eine lange Wegstrecke vor uns.

Wir haben nie gesagt, daß wir die Probleme, die wir bei Regierungsübernahme vorgefunden haben, innerhalb von zwei oder vier Jahren bewältigen könnten. Die Gestaltung des wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Wandels reicht weit über diese Legislaturperiode in das nächste Jahrzehnt hinein; und ich bin davon überzeugt, daß nur eine Partei wie die CDU die dazu notwendigen Konzepte entwickeln und die damit verbundenen schweren Konflikte aussöhnen kann. Das können keine Klassen-, Cliquen- oder Klientelparteien, das kann nur eine Volkspartei wie die Union. Eine Volkspartei, die modern, sozial aufgeschlossen und bürgernah ist.

Die CDU ist die tragende Säule der Koalition in Bonn, das ist unsere Chance, unsere Verantwortung und unsere geschichtliche Aufgabe. Wir müssen deshalb auch den Blick nach vorne richten, denn in einem Jahr befinden wir uns schon mitten im Bundestagswahlkampf. Und in der Bundestagswahl 1987 wird eine politische Richtungsentscheidung gefällt.

Dem Bürger muß klar sein, vor welchen Alternativen er steht:

- mit der Regierung Helmut Kohl weiter auf wirtschaftlichem Erfolgskurs, oder mit der SPD eine erneute wirtschaftliche Talfahrt,
- mit der Regierung Helmut Kohl sichere Renten und weitere Entlastungen für den Steuerzahler, oder mit der SPD mehr Steuern, Abgaben und Schulden,
- mit der Regierung Helmut Kohl weiterhin Sicherung von Frieden und Freiheit im Bündnis mit den westlichen Demokratien, oder Abdriften in eine Grauzone des nationalen Neutralismus von links.

Diese Alternativen zeigen: Bei der nächsten Bundestagswahl geht es um eine politische Richtungsentscheidung. Wir werden diese Auseinandersetzung erfolgreich bestehen, wenn wir unseren politischen Überzeugungen treu bleiben und die politischen Erfolge der Regierung Helmut Kohl offensiv vertreten.

Halten wir uns an das Wort von Norbert Blüm:

„Erbitte Gottes Segen für deine Arbeit, aber erwarte nicht, daß er sie auch tut.“